

Pressemitteilung Nr. 12 vom 6. April 2017

Die GEW Bayern zum „Bildungspäckchen light“: Mit 100 Stellen ab 2018 wird der Lehrkräftemangel an Grund-, Mittel- und Förderschulen nicht behoben

Das Bildungspäckchen der CSU-Landtagsfraktion wird den Lehrkräften und Schüler*innen in den Realschulen, Berufsschulen und FOS/BOS nicht die dringend notwendige Entlastung und Verbesserung bringen. Nach dem jetzt vorgestellten Bildungspaket der CSU-Landtagsfraktion sollen an Grund- und Mittelschulen lediglich 50 zusätzliche Stellen ab 2018 für die Mobile Reserve und 50 Stellen zusätzlich an Förderschulen geschaffen werden. Die Bildungsgewerkschaft GEW Bayern sieht dies, gerade in der aktuellen Situation, als völlig unzureichend an.

Dazu sagte die Vorsitzende der Landesfachgruppe Grund- und Mittelschulen Ruth Brenner heute: „Bereits im laufenden Schuljahr fehlten Lehrkräfte. Zwar wurden massenhaft befristete Verträge geschlossen - zum Teil mit arbeitslosen Lehrkräften für Gymnasien und Realschulen, zum Teil auch mit Bewerber*innen ohne Lehramtsstudium oder ohne Referendariat. Lediglich 50 zusätzliche Stellen ab 2018 für die Mobile Reserve an Grund- und Mittelschulen und 50 zusätzliche Stellen für Förderschulen anzubieten, ist ein Schlag ins Gesicht der Kolleg*innen, die seit Monaten auf Grund des Lehrer*innen mangels großen Mehrbelastungen ausgesetzt sind und nun erfahren müssen, dass sich die Situation in den nächsten Jahren nicht ändern wird.“

Bereits zum Schuljahresbeginn 2016 kam es zu Engpässen. Im September und Oktober 2016 vergab die Bezirksregierung von Mittelfranken über 200 befristete Verträge an Grund- und Mittelschulen. Bayernweit gingen im Februar dieses Jahres etwa 440 Lehrkräfte an diesen Schularten in den Ruhestand und wieder wurden händeringend Lehrkräfte mit und ohne Abschluss gesucht. Trotzdem konnten nicht alle Stellen besetzt werden. Zeitweise fehlten im Februar über 300 Lehrkräfte.

„Nun rächt sich, dass das Kultusministerium die zugeteilten Lehrer*innenstunden immer nur am Minimum ausrichtet. Junge Lehrkräfte bekamen in den vergangenen Jahren in Bayern keine Anstellung und sahen sich gezwungen, in andere Bundesländer auszuweichen. Fraglich ist wie der Unterricht an Grund-, Mittel- und Förderschulen in den nächsten Jahren gewährleistet werden soll, denn Pensionierungen, Schwangerschaften und Grippewellen wird es weiterhin geben.“ so Brenner.

In der aktuellen Debatte geht es leider nur noch um die „Gewährleistung der Unterrichtsversorgung“, kritisiert die GEW. Dabei sind Erziehung und Bildung weit mehr als das - doch für Arbeitsgemeinschaften, Differenzierungen oder individuelle Förderung fehlen ausgebildete Lehrkräfte. Und wenn dann zum Schuljahresbeginn der nächste Notstand ausbricht, wird dann die Schuld wieder den "Flüchtlingskindern" zugeschoben?

Die GEW hat bereits vor Wochen konstruktive Vorschläge gemacht. Es wird Zeit, dass diese umgesetzt werden:

- "Lotsendienst" von Grundschullehrkräften an Realschulen und Gymnasien aussetzen! Damit würden circa 135 Grundschullehrkräfte frei.
- Externe Evaluation stoppen! Was außer einem Mangelzustand sollte evaluiert werden?
- Als langfristige Lösung: Stufenlehrkräfte ausbilden, die in verschiedenen Schularten unterrichten können. Das wäre auch ein Beitrag, um der Zergliederung des bayerischen Schulwe-

- sens zumindest ein kleines Stück entgegenzuwirken.
- A 13 als Einstiegsgehalt für alle Lehrkräfte, da die pädagogische Arbeit in allen Schularten gleichwertig ist.
 - Sofortige Aufhebung der Zulassungsbeschränkungen für das Studium des Lehramts Sonderpädagogik: Kein Mensch kann nachvollziehen, dass auf der einen Seite händeringend Lehrkräfte für die Förderschulen gesucht werden, auf der anderen Seite jedoch junge Menschen, die Sonderpädagogik studieren wollen, abgewiesen werden.

Bezeichnend ist in Bezug auf das „Bildungspäckchen“, dass man sich in CSU und Ministerium kaum Gedanken darüber macht, wie das bayerische Bildungssystem in Richtung „inklusive Schule“ weiterentwickelt werden soll. Eine Fortschreibung der jährlich 100 neuen „Inklusionsstellen“ ist als Konzept für eine „Inklusive Schule“ in einem Bildungspaket, das von der CSU als „historisch“ gefeiert wird, schlicht ein Armutzeugnis und wird an der chronischen Überlastung der Kolleg*innen, die in diesem Bereich arbeiten, nichts ändern.

Bildungsgerechtigkeit und Bildungsqualität werden so ganz sicher nicht verbessert.

Rückfragen gerne an:

Ruth Brenner, Tel. 0172 / 96 00 30 6, Mail: ruthbrennerpr@gmx.de und

Johannes Schiller, Mail: johannes.schiller@gew-bayern.de

V.i.S.d.P.: Elke Hahn, Geschäftsführerin, Schwanthalerstraße 64, 80336 München, Tel.: 0171 / 676 0000.